

So bildete sich schon vor vielen Jahrzehnten im Volksmunde das allgemein bekannte Sprichwort: „Der Fürst wär scho recht, aber d'Rasa sind nünt.“ In diesem Sprichworte, dessen Berechtigung von keinem Liechtensteiner jemals bestritten wurde, hat der Volksmund die tatsächlichen Zustände im Lande mit wenigen Worten auf das Treffendste gekennzeichnet. Daß aber ein solcher Zustand von allen Liechtensteinern, welche auf die Ehre ihres Landes, ihres Volkes und auf ihre eigene halten und das Herz am rechten Fleck haben, als tief beschämend empfunden werden mußte, braucht nicht erst bewiesen zu werden und darum mußte er, als die Zeit gekommen war, geändert werden; kein Volk, das auf Ehre hält, wird seine Schande auch nur eine Stunde länger tragen, als es muß. „Nichtswürdig ist“, jagt Schiller, „die Nation, die nicht ihr Alles setzt an ihre Ehre.“

Im Einvernehmen mit Ihnen, meine Herren Abgeordneten, wird nun die Regierung mit allem Nachdrucke daran gehen, die Rufen, von denen obiges Sprichwort jagt, gründlich auszuwechseln, damit dem „Fürst“ anpassend ein Dach zu errichten, welches gegen jedes Unwetter vollen Schutz gewährt und unter diesem Dache ein Haus zu bauen, wo jeder Liechtensteiner ein trautes Heim finden soll und welches verwaltet werden wird, wie seine Bewohner zu ihrem allgemeinen Wohle es wünschen.

Das Verhältnis zwischen Fürst und Volk soll sich viel näher und inniger gestalten, als es bis jetzt war. Die Mauer, welche die beiden bislang geschieden hat, muß fallen, die vom Landtag gewählte Regierung wird mit allem Nachdrucke darauf bestehen, als Vollzugsorgan des Willens vom Volk und Landtag unmittelbar, wie es bei allen parlamentarisch regierten Staaten der Fall ist, mit dem Staatsoberhaupte zu verkehren und in allen wichtigen seiner Endentscheidung obliegenden Angelegenheiten gehört zu werden. Wir brauchen, soweit es unsere eigenen Landesangelegenheiten betrifft, keine Hofkanzlei mehr, in der ein Tischehe, ein Feind unserer Nation, auf unsere Verhältnisse entscheidenden Einfluß ausübt.

«Oberrheinische Nachrichten» vom 16. November 1918. Auszug aus der Rede Martin Ritters im Landtag am 12. November 1918

ganzen zivilisierten Welt auf dem Vormarsch sei und auch in Liechtenstein der überwiegende Teil der Bevölkerung eine «Nationalisierung der Regierung» wünsche.<sup>52</sup> Der Landtag habe Imhof das Vertrauensvotum erteilt und entsprechend dem Wunsch des demissionierenden Herrn Regierungschef einen Vollzugausschuss als provisorische Regierung bestimmt. Stolz wurde vermerkt, dass die erste provisorische Regierung Liechtensteins nur aus einheimischen Bürgern bestehe.<sup>53</sup> Die Bevölkerung wurde zur Ruhe und zu Vertrauen in die neue Regierung aufgefordert. Der Fürst, so betonten die «Oberrheinischen Nachrichten» ausdrücklich, bleibe weiterhin Staatsoberhaupt eines demokratisch regierten Landes. Als Programm für die weitere Entwicklung wurde angekündigt, dass «Verfassung und Gesetze mit der Zeit demokratisch umgestaltet» werden sollten.<sup>54</sup> Als erste und wichtigste Aufgaben der Regierung wurden die Organisation des Grenzschutzes gegenüber Vorarlberg und die Lebensmittelversorgung genannt.

Die Standpunkte waren also bezogen und wurden vorerst nicht mehr aufgegeben oder wesentlich verändert.

Die provisorische Regierung begann gleich am 7. November tätig zu werden, ohne eine Bestätigung von Wien aus abzuwarten. Martin Ritter richtete als Vorsitzender des Vollzugausschusses je ein Telegramm an den Vorarlberger Landesrat in Bregenz und an den Schweizerischen Bundesrat in Bern. Er teilte den angesprochenen Behörden mit, dass der fürstliche Landesverweser zurückgetreten sei und ein vom Landtag gewählter Vollzugausschuss die Regierungsgewalt übernommen habe.<sup>55</sup> Der Vorarlberger Landespräsident Dr. Otto Ender begrüßte am nächsten Tag ebenfalls per Telegramm die neue Regierung des Nachbarlandes und ihren Vorsitzenden.<sup>56</sup> Diese Äusserung kann man einer Defacto-Anerkennung durch Vorarlberg gleichsetzen. Von Bern aus erfolgte keine Reaktion auf die Mitteilung aus Vaduz vom 7. November.

Am 12. November wurde der Landtag zu einer neuerlichen Sitzung einberufen. Den Vorsitz führte Friedrich Walser. Der Zuschauerraum war dicht besetzt. Aus Anlass des 60jährigen Regierungs-